



Protokoll der Integrationsratssitzung

18.05.2020

am Donnerstag, 12.05.2020, Forum am Schlosspark

Dauer: von 17:30 bis 19:55 Uhr
Öffentlich von 17:30 bis 19:15 Uhr
Nicht öffentlich von 19:15 bis 19:55 Uhr

Vorsitz

Erster Bürgermeister Konrad Seigfried

Teilnehmende

Frau Anne Kathrin Müller	Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen
Frau Louisa Gegner	Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen
Frau Anika Waßenhoven	Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen
Frau Carolina Safe de Schrem	Schule und frühkindliche Bildung
Frau Zeynep Özbay	Schule und frühkindliche Bildung (Stellvertretung)
Frau Ruhiye Mutlu	Erwachsenenbildung
Herr Muhittin Soyulu	Religion und interreligiöser Dialog
Herr Frank Hofmann	Religion und interreligiöser Dialog (Stellvertretung)
Frau Dr. Maude Williams	Kultur und interkultureller Dialog
Frau Laura Abdel Keriem	Kultur und interkultureller Dialog (Stellvertretung)
Frau Diana Busch	Soziale Integration
Frau Rosanna Bellarosa	Soziale Integration (Stellvertretung)
Herr Jose Manoel Martins Leites	Wirtschaft
Herr Stefan Graf	Neuzuwanderung (Stellvertretung)
Frau Bouchra Kaplan	Stadtentwicklung
Herr Seyfi Gündüz	Stadtentwicklung (Stellvertretung)
Herr Prof. Stefan Jeuk	Sprache
Frau Bistra Haidlauf	Sprache (Stellvertretung)
Herr Ibrahim Türk	Bürgerschaftliches Engagement
Herr Hayrettin Dogan	GR-Mitglied: Bündnis der Vielfalt
Frau Alexandra Metzger	GR-Mitglied: SPD
Frau Uschi Traub (ab 17.45 Uhr)	GR-Mitglied: CDU
Herr Hermann Dengel	GR-Mitglied: Freie Wähler
Frau Arezoo Shoaleh	GR-Mitglied: Bündnis der Vielfalt/ Die Grünen
Herr Johann Heer	GR-Mitglied: FDP
Frau Lillian Scharnhorst	Jugendgemeinderat
Herr Matthias Streit	Jugendgemeinderat

Entschuldigt

Frau Sandra Scotti-Rosin
Herr Gürhan Ag
Frau Yodit Aiemut
Herr Jürgen Nenz

Erwachsenenbildung (Stellvertretung)
Wirtschaft (Stellvertretung)
Neuzuwanderung
Bürgerschaftliches Engagement (Stellvertretung)

Nicht anwesend

Frau Nadja Schmidt

GR-Mitglied: LINKE

Teilnehmende Gäste

Frau Renate Schmetz

Leitung Fachbereich Bildung und Familie

Schriftführung

Frau Louisa Gegner

Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen

TAGESORDNUNG

TOP Betreff

ÖFFENTLICH

- 1 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Stadt Ludwigsburg
 - Konrad Seigfried, Erster Bürgermeister

- 2 Anfrage zur Erhebung der Situation von Vereinen
 - Anlage 1
 - Ibrahim Türk, Sachkundiger für Bürgerschaftliches Engagement

- 3 Anfrage zur Gestaltung und Förderung der Zusammenarbeit mit Familien im Kontext Migration und kultureller Vielfalt während der Corona-Schließzeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen
 - Anlage 2
 - Carolina Safe de Schrem, Sachkundige für frühkindliche Bildung

- 4 Anfrage zum Thema: Mehrsprachige Kommunikation in Krisen
 - Anlage 3
 - Stefan Jeuk, Sachkundiger für Sprache

Wenn ja, in folgenden Bereichen (der Integrationsarbeit)

- 2) Unser Verein ist aktuell aktiv in neuen Bereichen durch die Corona-Krise
 - 2a) wenn ja, in folgenden Bereichen (Bsp. Nachbarschaftshilfe, telef. Seelsorge)
 - 2b) wenn nein, in welchen Bereichen können Sie und Ihr Verein sich vorstellen, sich zu engagieren?
- 3) welche weiteren Einschränkungen gibt es neben der Ausgangsbeschränkung, die Ihre Vereinsarbeit hindert?
- 4) welche langfristigen Auswirkungen erwarten Sie und Ihr Verein aufgrund der Corona-Krise?
- 5) Mit welchen finanziellen Auswirkungen rechnen Sie bereits jetzt und nach der Corona-Krise? (Bsp. Einbußen von Mitgliedsbeiträgen, Ausfälle durch Veranstaltungsabsagen, usw.)
- 6) Im Moment hören wir häufig, dass die Krise auch eine Chance ist.
 - 6a) haben Sie hier schon überlegt, welche Maßnahmen Sie nach der Krise angehen möchten?
 - 6b) welche Maßnahmen ziehen Sie bereits in Betracht, um Ihre Vereinsarbeit zukunftsfähig zu machen (Finanzen, Digitales, Angebote, usw.)?

Frau Gegner fasst die Ergebnisse zusammen.

Die Vereine sind aktiv in folgenden Aufgaben:

- Die Arbeit wurde stillgelegt
- Online-Angebote:
 - o Beratung
 - o Kontaktpflege (zu Mitgliedern, Partnerstadt)
 - o E-Learning: Nachhilfe, Sprachkurse
 - o Online-Tutorials: Masken nähen, Kochkurse
 - o Predigten in Moschee- und Kirchengemeinden
- Telefonische Beratung und Unterstützung (Seelsorge, Aufklärung)
- Unterstützung für Hilfsbedürftige (einkaufen)
- Nähen und Verteilen von Behelfsmasken

Einschränkungen in den Vereinen:

- Kurse wurden stillgelegt
- Versammlungsverbot (betrifft Gebete, Hausbesuche, Bildungsangebote, Vereins-Treffen)
- (Muttersprachlicher) Unterricht findet eingeschränkt oder gar nicht statt
- Veranstaltungsabsagen (vereinsinterne, Pferdemarkt, Haus der Kulturen, Marktplatzfest, Interkulturelles Fest)
- Ausgangsbeschränkungen haben Einfluss auf gesellschaftliches Leben
- Finanzielle Einschränkungen

Auswirkungen auf die Vereinsarbeit:

- Finanzielle Auswirkungen:
 - o Rückgang von Spenden
 - o Fehlende Mitgliedsbeiträge
 - o Fehlende Kursgebühren
 - o Ggfs. fehlende staatliche Zuschüsse
 - o Fehlende Einnahmen von Veranstaltungen (teilweise Hauptfinanzierungsquelle)
 - ➔ Mietkosten können ggfs. nicht mehr bezahlt werden
 - ➔ Lehrergehälter können nicht mehr bezahlt werden
- Keinerlei öffentliche Aktionen
- Interesse an muttersprachlichem Unterricht und an Kursen kann sinken
- Mitgliederzahl kann sinken
- Geduld der Mitglieder wird auf die Probe gestellt

- Soziale Kontakte (Bsp. bei Gebeten) fehlen
- Ängste vor Krankheit und psychische Belastungen
- Kurse werden eingestellt
- Digitalisierung ist unumgänglich

Krise als Chance für die Vereine und weitere Maßnahmen:

- Digitalisierung und technische Möglichkeiten verbessern sowie Erweiterung der Online-Kommunikation
- (digitaler) Kontakt zu Mitgliedern intensivieren
- Zusammenhalt stärken durch Unterstützung von Hilfsbedürftigen.
- Ausbau und Stärkung der Online-Angebote im Bereich Bildung, Freizeit und Beratung
- PR-Team stärken
- Netzwerken und Austausch mit anderen Vereinen (ergänzende Handlungsfelder)
- Einige sehen in Krise keine Chance

Frau Müller ergänzt, dass sich das Netzwerk der Vereine in Krisenzeiten auszahlt und der Austausch untereinander sehr gut ist.

Bezüglich des weiteren Vorgehens und möglichen Maßnahmen berichtet sie, dass die Kreissparkasse Ludwigsburg die Förderung, die eigentlich dem Interkulturellen Fest zukommt, dennoch auszahlt. Das Büro für Integration ist momentan an der Ideenentwicklung und wird sobald wie möglich auf die Vereine zugehen.

Herr Seigfried erklärt, dass die Situation in den Vereinen, auch im Sport- und Kultursektor mit extremen Einschränkungen einhergeht. So sind beispielsweise auch keine Vorstandssitzungen möglich.

Zudem sind zahlreiche Privathaushalte finanziell betroffen und auch der Einzelhandel kommt in Not.

Was die kommunale und staatliche Seite betrifft werden die Finanzen zusammenbrechen. Einsparungen (bspw. Gewerbesteuer) in Millionenhöhe werden folgen.

Herr Seigfried informiert weiter, dass aktuell die Mai-Steuerschätzungen abgewartet werden und dieses Thema am 16. Mai 2020 im Gemeinderat diskutiert wird. Ende Juni wird der Gemeinderat über den Gesamthaushalt entscheiden. Die vorläufige Haushaltsführung durch den OB wird weiter fortgesetzt. Dies bedeutet, dass weiter so gehandelt wird, als wenn der Haushalt noch nicht durch das Regierungspräsidium genehmigt worden wäre. Dementsprechend können Wünsche nach kommunale finanzieller Unterstützung kaum gewährleistet werden.

Bereiche wie Sprachförderung und Inklusion wurden in den letzten Jahren sehr stark gefördert. Diese Linien werden nicht gestrichen, nur kleiner. Herr Seigfried erklärt, dass rund 10-20 % eingespart werden müssen. So gehen der Verwaltung beispielsweise jeden Monat 1 Million Euro an Elternbeiträgen verloren. Trotz Zuschuss der Regierung blieb in den letzten beiden Monaten ein Verlust von 600.000 Euro übrig, da die Kitas im Notbetrieb sind. Dennoch sind die Gebäude und die Erzieher/innen da. Die aktuelle Situation kann nur gemeinsam bewältigt werden. Der Gemeinderat wird über die weiteren Planungen entscheiden.

Herr Soyly merkt an, dass häufig im sozialen Bereich gespart wird. Er warnt vor zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen und rät, die Integrationsarbeit nicht einzuschränken. Er begrüßt die bisherige Linie der Stadtverwaltung und wünscht sich, dass diese beibehalten wird.

Auf Nachfrage erklärt **Frau Müller**, dass eine Erhöhung der finanziellen Förderung der Vereine nicht möglich ist. Das Büro für Integration wird sich mit den zuständigen Sachkundigen für Bürgerschaftliches Engagement bezüglich der möglichen Maßnahmen austauschen. Aktuell gelten noch die Richtlinien aus dem Jahr 2011. Diese sind online über www.ludwigsburg.de/integration zum Download verfügbar.

Herr Seigfried ergänzt, dass die Bürgerstiftung aktuell über einen Nothilfefond diskutiert.

Bezugnehmend auf die Anregung von Herrn Soyly erklärt Herr Seigfried, dass bei Sparmaßnahmen immer die Nebenwirkungen berücksichtigt werden müssen. So wäre es beispielsweise fatal den Mietzuschuss für die Ludwigstafel einzusparen. Es ist momentan Aufgabe der Verwaltung Maßnahmen, wie beispielsweise eine Gebühren- oder Steuererhöhungen zu entwickeln. Dabei muss die Frage der sozialen Gerechtigkeit nicht außen vor gelassen werden.

Frau Safe de Schrem betont, dass oft an der falschen Stelle gespart wird. Kitas und Schulen sind nicht nur soziale Einrichtungen, sondern vor allem Bildungsinstitutionen. In den letzten Jahren wurde viel aufgebaut, spart man jetzt an den falschen Stellen, könnte sich das auf die nächsten 30 Jahre auswirken.

Herr Seigfried sagt, dass der IR in den Prozessen beteiligt wird. Er regt an, bei Anliegen Stellungnahmen in den Ausschüssen oder den Gemeinderat einzubringen. Dennoch betont er, dass Einsparungen ohne Schmerzen nicht möglich sind.

Im weiteren Verlauf erklärt Herr Seigfried auf Nachfrage, dass sowohl Herr Dr. Knecht, als auch er selbst mit der Bitte nach außen getreten sind, in den Vereinen Solidarität zu zeigen. Sie sind bereits mit Vereinen (Bsp. Sport) im Gespräch und es gibt ganz unterschiedliche Belastungen. Die Stadt unterstützt beispielsweise mit Stundungen von Mieten. So wird aktuell keine Pacht auf Sportanlagen erhoben, ähnlich wie die Aussetzung der Kitagebühren. Er erklärt, dass auch Vereine in die Insolvenz gehen können. Dennoch sind auch die Spendenbereitschaft und der soziale Zusammenhalt nach wie vor groß. Dies zeigt auch die individuelle Unterstützungsplattform im Fachbereich 17. Dort wurde gemeldet, dass dreimal mehr Unterstützungsangebote eingingen, als abgefragt wurden.

TOP 3

Anfrage zur Gestaltung und Förderung der Zusammenarbeit mit Familien im Kontext Migration und kultureller Vielfalt während der Corona-Schließzeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen

- Carolina Safe de Schrem, Sachkundige für frühkindliche Bildung

öffentlich

Frau Safe de Schrem bedankt sich bei den Fachkräften sowie bei Frau Schmetz und nimmt Bezug auf Anlage 2 zur Einladung der Sitzung. **Frau Schmetz** berichtet, dass die Beantwortung der Anfrage sehr komplex ist, da viele Themen berücksichtigt werden müssen. Sie erklärt, dass es vielfältige Kommunikationswege mit den Eltern gibt, damit alle erreicht werden. Informationen werden über Presse, Briefe, Fenstergespräche, Flyer und FAQs gestreut. Aus Zeitmangel kann nicht alles übersetzt werden. Ab 18.05.20 sollen laut Landesverordnung 50 % der Kinder wieder in die Kita kommen können. Wie dies umgesetzt wird ist noch nicht klar. Eine Umsortierung ist notwendig. Bisher wurde der Online-Auftritt mit einfacher Sprache und Filmen verstärkt. Elternbildung wurde auf Pixie-Niveau angeboten, um Kreativität zu fördern. Zudem wurden zahlreiche Infomaterialien auf unterschiedlichen Sprachen verlinkt. Sie betont, dass soziales Lernen schwer über Video und Telefon durchführbar ist und die fehlenden Kontakte ein Problem darstellen.

Frau Schmetz berichtet, dass sie die Auflage bekommen hat, Kinder nach sozialen Indikatoren und mit prekären Verhältnissen (beispielsweise durch das Jugendamt betreut) in den Notbetrieb aufzunehmen. Aktuell sind 400 Kinder in der frühkindlichen Betreuung, 130-140 Kinder sind im Notbetrieb der Schule. Die Zahlen steigen und eine Verdoppelung muss geleistet werden. Sie erklärt, dass der soziale Indikator auch eine kleine Gefahr darstellt, da Kinder mit Sprachschwierigkeiten einen Kitaplatz bekommen. Momentan werden die Familien individuell angesprochen. Frau Schmetz erklärt weiterhin, dass sie auf neue Anweisungen der Landesregierung wartet, die regeln, wie es ab kommenden Montag weitergehen soll. Die Schulen sind aktuell bereits in der Maximalbelastung. Nach den Pfingstferien wird der Betrieb wieder in abgespeckter Form aufgenommen. Die Lehrerinnen und Lehrer sind momentan noch zwischen Notbetreuung und Home-Schooling zerrissen. Die Verordnungen versendet das Ministerium immer kurz vor Inkrafttreten. Daher ist es schwierig die Eltern von städtischer Seite aus mit ausreichend Vorlauf zu informieren. Die Lage ist sehr dynamisch.

Frau Özbay erkundigt sich nach der Festlegung der Indikatoren und betont, dass viele Eltern erwarten, dass am Montag wieder gestartet wird.

Herr Seigfried nimmt Stellung und erklärt, dass laut politischen Aussagen 50 % der Kinder wieder in die Kita gehen können. Diese Zahlen können jedoch nicht eingehalten werden und 75 % der Eltern werden enttäuscht. Aufgrund der Auflagen können ca. 1200 Plätze belegt werden. Normalzustand wären 4000 Plätze. Zu den Kriterien für die Notbetreuung zählen unter anderem die Berufssituation der Eltern (Bsp. systemrelevant)

sowie die Präsenzpflcht bei der Arbeit und damit keine Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten. Homeoffice gilt als Betreuungsform. **Frau Schmetz** ergänzt, dass ebenfalls Jugendhilfemaßnahmen und berufstätige Alleinerziehende berücksichtigt werden.

Herr Seigfried informiert weiter, dass es in Ludwigsburg 72 Kitas gibt, 21 davon sind städtische Kitas. Die neuen Kriterien, die ab 18.05.20 umgesetzt werden sollen, sind noch nicht bekannt. Er betont, dass es nach wie vor um eine Pandemie-Ver minderung geht. Würden alle Kinder aufgenommen werden, müsste man auf die Pandemie-Regeln verzichten. Kriterien wie halbe Gruppenstärke und Abstandsregelungen müssen weiterhin Beachtung finden. Frau Schmetz erklärt hierzu, dass die Abstände im Hinblick auf die Gruppen geregelt werden. Die jeweiligen Gruppen dürfen je nach Einrichtung nur bestimmte Räume nutzen und dürfen den anderen Gruppen nicht begegnen, zudem gibt es Regeln beim Mittagessen.

Frau Bellarosa berichtet aus ihrer beruflichen Sicht, dass die Regelungen am Gymnasium, selbst von Oberstufenschülerinnen und -schülern nicht eingehalten werden. Viele haben kein Interesse und stehen in Trauben auf dem Schulgelände. Die teilnehmenden Mitglieder des Jugendgemeinderats, **Frau Scharnhorst** und **Herr Streit**, bestätigen dies.

Frau Busch erkundigt sich nach den Kommunikations- und Home-Schooling-Formen in Flüchtlingsfamilien.

Frau Schmetz erklärt, dass einige Kinder (die beispielsweise nicht die notwendige technische Infrastruktur haben) ihre Unterlagen in Papierform nach Hause geliefert bekommen. Dazu gehören nicht nur Kinder aus Flüchtlingsfamilien.

Herr Jeuk lobt die tolle Arbeit. Er mahnt, dass zwischen 5 und 15 % der Schülerinnen und Schüler verloren gehen und die Lehrerinnen und Lehrer keinerlei Rückmeldungen von vielen bekommen. Er appelliert, Sprachförderung und Zusatzangebote zu erhalten und Mittel in diesen Bereichen nicht einzusparen, da wir ansonsten mit dramatischen Folgen rechnen müssen.

Herr Seigfried hält fest, dass bislang 8 Wochen Schulausfall zu verzeichnen sind, der vor allem für prekäre Familien schwer aufzuholen ist. Er ist ebenfalls der Meinung, dass Fördermaßnahmen, nach Wiederaufnahme des Schulbetriebs wichtig sind. Hierfür werden aktuell bereits Gespräche mit den geschäftsführenden Schulleitern geführt.

TOP 4

Anfrage zum Thema: Mehrsprachige Kommunikation in Krisen

– Stefan Jeuk, Sachkundiger für Sprache

öffentlich

Frau Müller informiert über die Antworten zur Anfrage von Herrn Jeuk. Sie bezieht sich auf die Anlage 3 der Einladung zur Sitzung.

Sie berichtet, dass zwischen zwei unterschiedlichen Arten von Krisen und Kommunikation unterschieden werden muss. Zum einen gibt es Ad-hoc-Situationen, wie Evakuierungen, Feuerwehreinsätze, etc. von Krisen. Dabei ist eine Kommunikation in Deutsch in kurzen klaren und präzisen Sätzen notwendig. Das Verhalten von Menschen, die kein Deutsch verstehen regelt sich u.a. über Nachahmung und Fluchtreflex. Dies betrifft z.B. TELB (Tourismus und Events) mit MHP-Arena und FB37 (Feuerwehr und Bevölkerungsschutz). TELB hat mit der Polizei LB und externen Sicherheitsberatern ein Konzept ausgearbeitet für die Evakuierung und die nötigen Durchsagen in der MHP-Arena. Zum anderen gibt es planbare Kommunikation in länger andauernden Sondersituationen, z.B. Corona-Pandemie oder die Räumung bei Verdacht auf eine Fliegerbombe 2019. In diesen Fällen wird in der Regel der Situation angemessen mit mehreren Sprachen kommuniziert, zuletzt bei den Durchsagen auf dem Wochenmarkt in Deutsche, Englisch und Türkisch. Je nach Lage kommuniziert die Stadt mehrsprachig über die Homepage und ggf. vor Ort, z.B. bei den Infoaushängen zur Bombe oder bei den Abstandsregeln auf dem Marktplatz. Die Anzahl der Sprachen wird möglichst gering gehalten. Ein gutes Beispiel für Kommunikation außer dem Internet ist die Einbindung des ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes im Januar 2019 in die Übersetzung von Anwohnerinformationen bzgl. der geplanten Evakuierung in damals relevante Sprachen. Außerdem finden Durchsagen auf dem Marktplatz zu Abstandsregeln in Englisch und Türkisch statt. Im Internet gibt es - in Bezug auf die Corona-Pandemie - zahlreiche

fremdsprachige Angebote auf den verschiedenen Webseiten der jeweiligen Behörden und Organisationen (z. B. RKI Institut), die zugegebener Weise nicht immer einfach zu finden sind. Diese werden auf der städtischen Homepage verlinkt. Zudem werden verschiedene Dokumente durch den ehrenamtlichen Dolmetscherdienst übersetzt, z.B. „Das ist verboten- Das ist erlaubt“ sowie die Quarantäneregeln. Abschließend berichtet Frau Müller, dass agil nach Lage und Zielgruppe entschieden wird, ob und welche Sprachen genutzt werden. In einer digitalen Welt nutzen sehr viele Menschen, die Ihnen geläufigen Informationskanäle in der ihnen geläufigen Sprache.

Herr Graf sieht im Vorgehen keine Standards und Vorgaben und sieht daher ein Verbesserungspotential. Er regt ein systematisches Vorgehen an.

Frau Haidlauf erkundigt sich, wer über die Auswahl der Sprachen bezüglich der Ansagen auf dem Wochenmarkt entscheidet? Arabisch wäre hier noch hilfreich.

Herr Seigfried erklärt, dass es sich hierbei um eine pragmatische Entscheidung aus dem SAE handelt. Mehr als drei sollten es nicht sein, Amtssprache ist Deutsch, universelle Sprache ist Englisch und die größte Zuwanderungsgruppe sind Menschen aus der Türkei.

Bezüglich des Ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes berichtet **Frau Schmetz**, dass Übersetzen (schriftlich) und Dolmetschen (mündlich) sehr unterschiedlich sind. Daher lohnt es sich für schriftliche Übersetzungen ein Übersetzungsbüro zu engagieren. Sie hat in ihrem Fachbereich beschlossen, dass Unterlagen, die von Eltern unterschrieben werden müssen, auch übersetzt werden. Zudem orientiert sie sich bei den Sprachen der Übersetzung daran, wer zuwandert und wählt beispielsweise die 10 häufigsten aus. Dennoch ist nicht alles auf einmal leistbar.

Frau Müller betont die Grenzen des Ehrenamts. Die ehrenamtlichen Dolmetscherinnen und Dolmetscher wurden für das Dolmetschen geschult, nicht aber für das Übersetzen. Somit ist auch die Qualität nicht mit einem professionellen Übersetzungsbüro gleichzusetzen.

Herr Jeuk regt an, bisherige Erfahrungen aus Krisen zu dokumentieren und somit zu systematisieren. Bezüglich der Ansagen auf dem Marktplatz empfiehlt er als Sprachen zusätzlich Arabisch, Französisch und Rumänisch. Man könnte beispielsweise 3 Sprachen jede viertel Stunde wechseln und nicht zu jeder Durchsage alle abspielen.

Weiterhin regt Herr Jeuk an, auf Nationalflaggen auf der städtischen Homepage zu verzichten. **Frau Müller** informiert, dass diese Anregung bereits umgesetzt wurde.

Frau Traub merkt an, dass die Stadt enorm viel leistet. Die Verordnungen kommen alle sehr kurzfristig und man muss schnell regieren, um diese umzusetzen. Diese Situation ist für alle so zum ersten Mal da und es müssen Prioritäten gesetzt werden. Ihrer Meinung nach ist es jetzt die falsche Zeit für Einzelbetrachtungen.

Der **ÖFFENTLICHE** Teil der Sitzung endet 19:15 Uhr. Herr Seigfried bedankt sich bei den Besuchern für ihr Interesse und eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Unterschriften:

Konrad Seigfried, Vorsitzender

Anne Kathrin Müller, Geschäftsführung